

ZUSAMMENFASSUNG

Ökonomische Instrumente für eine Senkung des Fleischkonsums in Deutschland

Beiträge zu einer klima- und umweltgerechteren Landwirtschaft

Sebastian Buschmann und Eike Meyer

Dieses ist die Zusammenfassung einer ausführlichen Studie, die im Auftrag von Greenpeace erstellt wurde. Die Langfassung finden Sie auf unserer Website unter: www.foes.de/pdf/2013-05-Oekonomische-Instrumente-zur-Senkung-des-Fleischkonsums.pdf

Der Fleischkonsum in Deutschland ist sowohl aus ökologischer als auch aus gesundheitlicher Perspektive zu hoch. Seit 1950 hat er sich beinahe verdreifacht. In den vergangenen Jahren pendelte er sich auf einem Niveau von 90 bis 100 kg pro Person ein. Der durchschnittliche Deutsche verzehrt damit doppelt so viel Fleisch, wie von Gesundheitsorganisationen empfohlen wird. Mehr noch als der Konsum hat die Herstellung von Fleischerzeugnissen in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, so dass heute ein immer größerer Teil der deutschen Fleischerzeugnisse ins Ausland exportiert wird.

Dabei ist die Erzeugung von Fleischwaren mit weitaus größeren **Folgen für die Umwelt** verbunden als die anderer Nahrungsmittel. Grundsätzlich gilt, dass die Fleischerzeugung qualitativ die gleichen problematischen Umweltwirkungen mit sich bringt wie die (intensive) landwirtschaftliche Flächennutzung insgesamt, darunter insbesondere hohe Stickstoffüberschüsse, Pestizideinsatz und Monokulturen. Diese und andere Begleiterscheinungen der intensiven Landwirtschaft haben bedeutende Auswirkungen auf die Biodiversität, die Wasserqualität und auf die Produktion von Klimagasen. Die Umweltfolgen werden durch die hohe Fleischerzeugung jedoch noch weiter potenziert, da die Tierhaltung ein starker Treiber der Intensivierung der Landnutzung ist und für die Erzeugung von Fleisch um ein Vielfaches mehr Ressourcen aufgewendet werden müssen als für die Erzeugung von pflanzlichen Nahrungsmitteln mit dem gleichen Nährwert.

Gleichzeitig sind die **Preise für Fleischerzeugnisse** in der Vergangenheit immer weiter zurückgegangen. Während der Anteil der Ausgaben für Fleischerzeugnisse an den gesamten Konsumausgaben 1973 noch bei gut vier Prozent lag, sind es heute ca. zwei Prozent. Ursächlich für die gesunkenen Preise sind Effizienzgewinne durch die Industrialisierung der Landwirtschaft. Die niedrigen Preise für Fleischerzeugnisse resultieren aber auch daraus, dass viele Kosten nicht von den Herstellern und Konsumenten, sondern von der Gesellschaft insgesamt und zukünftigen Generationen getragen werden - und nicht zuletzt zu Lasten der Tiere gehen. Vor dem Hintergrund der großen Umweltschäden durch die Fleischerzeugung, der unwürdigen Haltungsbedingungen in der intensiven Massentierhaltung, sowie der durch Fleischskandale immer wieder offenkundig werdenden Qualitätsmängel unserer Fleischerzeugnisse wird deutlich, dass Fleisch heute zu billig ist. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die externen Effekte der Fleischerzeugung, insbesondere der Umweltwirkungen, nicht internalisiert werden.

In dieser Studie werden **vier ökonomische Instrumente** vorgestellt, die auf unterschiedliche Art und Weise dazu beitragen können, Fleischerzeugnissen einen angemesseneren (höheren) Preis zu verleihen und damit den Fleischkonsum in Deutschland zu senken:

- eine Stickstoffüberschussabgabe,
- eine Importsteuer auf eiweißhaltige Futtermittel,
- eine Fettsteuer und
- die Abschaffung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Fleischprodukte.

Der **bestehende ordnungsrechtliche Rahmen** (z.B. Vorschriften für den Düngemiteleinsatz, Haltungsvorschriften und Hygienestandards) trägt durchaus schon dazu bei, die negativen Umweltfolgen zu begrenzen. Die gegenwärtige Umweltbilanz und die niedrigen Preise für Fleischerzeugnisse zeigen jedoch, dass dieser Rahmen nicht ausreicht. Insofern können die Instrumente, die hier vorgestellt werden, eine sinnvolle Ergänzung sein.

Die Instrumente setzen entweder bei der Herstellung von Fleischerzeugnissen an (Stickstoffüberschussabgabe und Futtermittelimportsteuer), oder direkt beim Konsum (Fettsteuer, Mehrwertsteuerreform).

In der Studie werden diese vier Instrumente eingehend beschrieben und auf ihre direkte ökologische Lenkungswirkung, ihren Verwaltungsaufwand und ihre politische Durchsetzbarkeit hin untersucht. Darüber hinaus versuchen wir abzuschätzen, welche Wirkung diese Instrumente auf den Preis von Fleischerzeugnissen und letztlich auf die Nachfrage haben würden und welche jeweiligen Aufkommenspotentiale der einzelnen Steuern und Abgaben zu erwarten sind. Für diese Abschätzungen sind wir auf die Verfügbarkeit von Daten, Durchschnittswerten und mitunter auf vereinfachende Annahmen angewiesen. Die Erwartung gegenüber den in dieser Studie geschätzten Werten kann daher nicht sein, die Wirkungen der Instrumente exakt vorherzusagen. Die Berechnungen sind aber geeignet, Tendenzen deutlich zu machen und die unterschiedlichen Wirkungen der einzelnen Instrumente herauszuarbeiten und zu bewerten.

Von einer **Stickstoffüberschussabgabe** sind sehr positive ökologische Lenkungswirkungen in der Landwirtschaft zu erwarten. Lokale und regionale Stickstoffüberschüsse im Zusammenhang mit der Fleischerzeugung entstehen auf zwei Weisen: zum einen durch den Düngemiteleinsatz beim Futtermittelanbau. Zum anderen und vor allem durch den konzentrierten Anfall von Tierexkrementen in der Massentierhaltung, die dadurch im Übermaß auf die Äcker ausgebracht werden müssen. Stickstoffüberschüsse führen unter anderem zur Eutrophierung von Böden und zur Verschlechterung der Qualität von Grund- und Oberflächengewässern. Eine Abgabe auf Stickstoffüberschüsse würde zusätzlich zu den gesetzlich geltenden Begrenzungen wirkungsvolle Anreize schaffen, die Überschüsse zu reduzieren. Je nach Ausgestaltung könnte sie bereits bei einem Stickstoffüberschuss fällig werden, der größer als Null ist. Alternativ kann ein Überschussfreibetrag eingeräumt werden, für den keine Abgabe fällig wird.

Für eine wirkungsvolle Erhebung der Steuer müssten die Stickstoffbilanzen einzelner landwirtschaftlicher Betriebe nach der „Hoftorbilanz“-Methode dokumentiert werden. Auch wenn die Erhebung der Abgabe daher mit einem nicht unerheblichen **Verwaltungsaufwand** verbunden wäre, scheint sie dennoch ein geeignetes und praktikables Instrument zu sein, eine der schädlichsten ökologischen Nebenwirkungen der intensiven Landwirtschaft und insbesondere der Fleischerzeugung zu adressieren und wirkungsvolle Anreize zu schaffen, diese zu reduzieren.

Bei einer Abgabenhöhe von 2 Euro/kg/ha für Stickstoffüberschüsse und ohne Überschussfreibetrag würde sich ein Kilogramm Rindfleisch nach unseren Abschätzungen im Durchschnitt um knapp 7 Prozent und ein Kilogramm Schweinefleisch um etwa 2,5 Prozent verteuern. Dabei wäre eine solche Abgabenhöhe durchaus niedrig angesetzt. Im Angesicht der existierenden Schätzungen über externe Kosten, die durch Stickstoffüberschüsse verursacht werden, wäre auch eine Abgabenhöhe von 15 Euro/kg/ha umweltökonomisch durchaus zu rechtfertigen. Eine Abgabe in dieser Höhe würde die Preise von Rindfleischprodukten absehbar um knapp 50 Prozent ansteigen lassen (Schweinefleisch etwa 19 Prozent).

Legt man zugrunde, wie in der Vergangenheit der Verbrauch von Fleischerzeugnissen auf die Preise reagiert hat, würde eine Abgabe von 2 Euro zu einem **Rückgang des Fleischkonsums** bei Rindfleisch um 3,5 Prozent und bei Schweinefleisch rund 2 Prozent zur Folge haben. Fleischerzeugnisse aus ökologischer Produktion würden dabei gar nicht oder nur in sehr geringem Maße durch die Abgabe verteuert, da durch die stärkere Flächenbindung in der ökologischen Landwirtschaft Stickstoffüberschüsse weitaus geringer sind. Für den Bundeshaushalt ergäbe sich bei einer Abgabe in dieser Höhe ein zusätzliches Aufkommenspotential von knapp 3 Milliarden Euro.

Ein anderer Missstand bei der gegenwärtigen Praxis der Fleischerzeugung könnte mit einer **Futtermittelimportsteuer** adressiert werden: Jedes Jahr werden mehrere Millionen Tonnen Soja nach Deutschland eingeführt und hier in der Tierfütterung eingesetzt. Diese Futtermittelimporte ermöglichen überhaupt erst das Niveau der Intensivierung, das die Fleischerzeugung in den vergangenen Jahren erreicht hat. Die einge-

fürten Nährstoffe erhöhen hierzulande die Stickstoffüberschüsse, vor allem aber ist der Sojaanbau in den Erzeugerländern mit großen Umweltauswirkungen verbunden - u.a. durch den vorherrschenden Anbau in Monokulturen mit großem Pestizideinsatz, häufig auf gerodeten Urwaldflächen.

Die positive ökologische Wirkung einer Futtermittelimportsteuer ist allerdings weniger direkt und daher schwerer absehbar als die einer Stickstoffüberschussabgabe. So ist zum Beispiel unklar, ob eine Verringerung der Sojaimporte nach Deutschland überhaupt zu einer Verbesserung der Situation in den Erzeugerländern beitragen würde, oder ob sie nicht einfach durch einen Nachfrageanstieg aus anderen Importländern kompensiert würde. Auch die Wirkung auf die Nachfrage aus Deutschland ist nicht eindeutig absehbar. So könnte ein höherer Preis für Importsoja zu einem Anstieg des Imports anderer Futtermittel oder zu einem verstärkten Anbau von Futtermitteln im Inland führen. Ökologisch eindeutig positiv auswirken würde sich eine Importsteuer dann, wenn sie sich positiv auf den heimischen Leguminosenanbau auswirken würde. Dafür wäre aber mit Sicherheit zusätzlich ein umfassenderes politisches Maßnahmenpaket erforderlich, und eine Futtermittelimportsteuer alleine nicht ausreichend.

Genauer geprüft werden müsste zudem die rechtliche und politische Umsetzbarkeit. Eine Futtermittelimportsteuer würde de facto einen Einfuhrzoll auf Soja darstellen und müsste an den EU-Außengrenzen erhoben werden. Die EU hätte nach den europäischen Verträgen zwar grundsätzlich die Kompetenz, einen solchen Zoll einzuführen. Sie ist dabei aber an das internationale Handelsrecht, insbesondere die Vereinbarungen im Rahmen des WTO-Landwirtschaftsabkommen gebunden. Abgesehen von diesen rechtlichen Hürden scheint auch die politische Durchsetzbarkeit fraglich: Während es in Deutschland selber wohl durchaus möglich wäre, Unterstützung für eine Steuer auf Sojaimporte zu gewinnen, von denen wenige profitieren, und die breite Schichten als problematisch wahrnehmen, könnte ein Sojaeinfuhrzoll international, insbesondere natürlich bei den Erzeugerländern, große Widerstände hervorrufen und potentiell zu handelspolitischen Konflikten führen.

Auf den Preis von Fleischerzeugnissen hätte eine Futtermittelimportsteuer absehbar eine etwas geringere Wirkung als eine Stickstoffüberschussabgabe: Da Soja vor allem in der Schweine- und Geflügelmast eingesetzt wird, würden vor allem diese Produkte teurer werden. Würde man z.B. einen Zoll in Höhe von 250 Euro/t erheben, würde sich ein Kilogramm Geflügelfleisch um etwa 6 Prozent verteuern, Schweinefleisch um etwa 3 Prozent. Bei Rindfleisch würde die Verteuerung mit weniger als einem Prozent so gut wie keine Rolle spielen.

Entsprechend würde sich eine Futtermittelimportsteuer auf den Verbrauch von Fleischerzeugnissen auswirken: Der Verbrauch von Geflügelfleisch würde am stärksten zurückgehen, nach unseren Schätzungen um etwa 4 Prozent, der Verbrauch von Schweinefleisch um etwa 2 Prozent, bei Rindfleisch würde die Preiswirkung keine nennenswerte Auswirkung auf die Nachfrage haben. Da bei der ökologischen Tierhaltung Grenzen für den Zukauf von Futtermitteln gesetzt werden, wäre die Preiswirkung auf ökologische Fleischerzeugnisse noch deutlich geringer. Das Aufkommenspotential der Besteuerung des Sojaschrotverbrauchs in Deutschland würde bei diesem Steuersatz bei etwa 1,1 Milliarden Euro liegen.

Im Gegensatz zu einer Stickstoffüberschussabgabe und einer Futtermittelimportsteuer, die bei problematischen Aspekten der Erzeugung ansetzen, würde eine **Fettsteuer** nicht bei der Erzeugung, sondern direkt beim Konsum der Fleischerzeugnisse selber ansetzen. Eine Steuer auf Produkte, die gesättigte Fettsäuren enthalten, wurde zuerst in den Jahren 2011 bis 2013 in Dänemark erhoben. Eine solche Steuer ist nicht in erster Linie umweltpolitisch, sondern vor allem gesundheitspolitisch motiviert. Steuergegenstand sind auch nicht Fleischerzeugnisse als solche, sondern alle Nahrungsmittel, die gesättigte Fettsäuren enthalten. Fleischerzeugnisse machen neben Ölen, Milchprodukten und Margarine darunter aber einen beträchtlichen Anteil aus, so dass eine Fettsteuer absehbar relevante Auswirkungen auf den Fleischkonsum haben könnte.

Unter den in dieser Studie vorgestellten Instrumenten ist eine Fettsteuer allerdings am wenigsten geeignet, das Ziel zu erreichen, den Fleischkonsum zu mäßigen und Anreize zu schaffen, die Fleischerzeugung ökologisch verträglicher zu gestalten. Der Preiseffekt auf Fleischerzeugnisse wäre bei den in dieser Studie berechneten Steuersätzen in der Höhe in etwa vergleichbar mit dem einer Futtermittelimportsteuer: Bei einem Steuersatz von 2 Euro je kg gesättigte Fettsäuren (wie er in etwa auch in Dänemark angewendet

wurde) würden sich Rind- und Geflügelfleisch im Durchschnitt um je etwas mehr als 1 Prozent und Schweinefleisch um gut 2 Prozent verteuern. Entsprechend niedrig wären die Auswirkungen auf den Verbrauch: Bei Rind- und Geflügelfleisch würde er um etwa 1 Prozent, bei Schweinefleisch um etwa 2 Prozent zurückgehen. Diese Preiswirkungen würden unabhängig davon eintreten, ob die Fleischerzeugnisse aus ökologischer oder intensiver Erzeugung stammen. Das Aufkommenspotential einer Steuer in dieser Höhe würde in Deutschland bei etwa 2,6 Milliarden Euro liegen.

Da die Preiswirkung anders als bei den beiden vorgestellten produktionsbezogenen Instrumenten nicht im Zusammenhang mit ihren ökologischen Kosten steht, wäre eine Fettsteuer umweltpolitisch schwerer kommunizierbar und müsste in erster Linie gesundheitspolitisch begründet werden. Hinzu kommt, dass sie auch mit einigem administrativen Zusatzaufwand verbunden wäre, geringer wohl als der einer Stickstoffüberschussabgabe, größer aber als der der beiden anderen Instrumente. Die Herausforderungen, die der politische Begründungszusammenhang und der Verwaltungsaufwand für die Durchsetzbarkeit bedeuten, lassen sich letztendlich auch daran ablesen, dass die Steuer in Dänemark schon nach weniger als zwei Jahren wieder abgeschafft wurde.

Die **Aufhebung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Fleischprodukte** wäre hingegen ein administrativ äußerst leicht durchführbares und in seinem Preiseffekt äußerst wirkungsvolles Instrument. Nach dem Umsatzsteuergesetz sind Fleischerzeugnisse derzeit wie nahezu alle Lebensmittel mit einem ermäßigten Satz von 7 statt 19 Prozent zu versteuern. Vor dem Hintergrund, dass der Konsum von Fleischerzeugnissen in seiner derzeitigen Höhe sowohl ökologisch als auch gesundheitlich mit negativen Folgen verbunden ist, kann man argumentieren, dass diese Ermäßigung eine Subventionierung eines problematischen Produkts darstellt. Die Preise von Fleischerzeugnissen würden dadurch pauschal um 11,2 Prozent ansteigen, also deutlich stärker als bei den anderen hier vorgestellten Instrumenten. Ebenso wäre daher auch die zu erwartende Wirkung auf den Konsum am deutlichsten: wir schätzen, dass er bei Rindfleisch um etwa 6 Prozent, Schweinefleisch um etwa 9 Prozent und bei Geflügelfleisch um etwa 8 Prozent zurückgehen würde. Um über einen Konsumrückgang hinaus Anreize für eine Ökologisierung der Erzeugung zu schaffen, könnte erwogen werden, Fleischerzeugnisse mit EU-Bio-Siegel weiterhin zu den Lebensmitteln mit dem ermäßigten Satz zu zählen. Das Mehraufkommenspotential einer solchen Mehrwertsteuerreform würde bei etwa 2 Milliarden Euro liegen.

Der administrative Zusatzaufwand durch eine solche Reform wäre praktisch null, da das gegenwärtige System nicht verändert, sondern lediglich zwei Ausnahmetatbestände aus dem Umsatzsteuergesetz gestrichen werden müssten. Die politische Durchsetzbarkeit schätzen wir als grundsätzlich vergleichbar mit der einer Fettsteuer ein, da es sich um eine Verteuerung von Lebensmitteln handeln würde, die alle Konsumenten (mit Ausnahme von Vegetariern) betreffen würde. Im Gegensatz zur Einführung einer Fettsteuer gibt es allerdings für eine Mehrwertsteuerreform bereits mehrere politische Anknüpfungspunkte: Das Mehrwertsteuersystem mit seinen vielen und teilweise unsystematischen Ausnahmeregelungen wird weit verbreitet als reformbedürftig wahrgenommen. In diesem Kontext wird unter anderem von der Europäischen Kommission und dem Parlament sowie einer Reihe von Forschungseinrichtungen und Umweltverbänden schon seit längerem empfohlen, grundsätzlich keine Ermäßigungen für umweltschädliche bzw. ressourcenintensive Produkte mehr zu gewähren. Vor diesem Hintergrund hängt viel davon ab, ob es gelingt, einen relevanten Teil der Bevölkerung davon zu überzeugen, dass es sich bei Fleischerzeugnissen um Produkte dieser Kategorie und nicht in erster Linie um ein Grundnahrungsmittel handelt.

In der Gesamtschau widersprechen sich die einzelnen in dieser Studie vorgestellten Instrumente nicht, sondern können sich im Gegenteil gegenseitig sinnvoll ergänzen. Insbesondere die Einführung einer Stickstoffüberschussabgabe und die Reform der Mehrwertsteuer scheinen besonders geeignet, Fleischprodukten einen angemesseneren Preis zu verleihen, auf diese Weise zu einer Mäßigung des Fleischkonsums beizutragen und darüber hinaus Anreize für ökologisch verträglichere Erzeugungsmethoden zu schaffen. Eine Futtermittelimportsteuer könnte ebenfalls potentiell sehr wirksame Anreize für eine Reduzierung der Sojaimporte schaffen, die Grundlage der extremen Intensivierung der Fleischerzeugung der vergangenen Jahre sind. Hier wären aber zunächst eine ausführlichere Prüfung der direkten ökologischen Auswirkungen der Steuer in den Erzeugerländern und im Inland sowie eine gründliche und detailliertere Prüfung der handelsrechtlichen Machbarkeit eines solchen Sojaimportzolls notwendig, um bestehende Zweifel auszuräumen.

Auch eine Fettsteuer wäre durchaus geeignet, den Fleischkonsum zu mäßigen. Da die Preiswirkung der Steuer aber nicht im Zusammenhang mit den Umweltkosten der Erzeugung stünde, sondern mit den Gesundheitskosten beim Konsumenten, und darüber hinaus die administrative und politische Umsetzung nicht unproblematisch erscheinen, ist sie unter den hier vorgestellten Instrumenten das am wenigsten geeignete, insbesondere im Hinblick auf das Ziel einer Ökologisierung des Fleischkonsums. Für eine Mäßigung des Fleischkonsums aus gesundheitspolitischer Perspektive sollte eine Fettsteuer allerdings weiter diskutiert werden.

Gestaltungsmöglichkeiten der fiskalischen Rahmenbedingungen bestehen für den Staat natürlich nicht nur auf der Einnahmen- (Steuern und Abgaben), sondern auch auf der Ausgabenseite (Subventionen). Gerade im Bereich der Landwirtschaft hat die Ausgabenseite durch das schiere Volumen der **EU-Agrarsubventionen** (6,9 Milliarden Euro pro Jahr alleine für die deutsche Landwirtschaft) eine besonders große Wirkung. Da durch die Subventionen vor allem der Pflanzenanbau gefördert wird, und ein beträchtlicher Teil der landwirtschaftlichen Produktion als Futtermittel in der Fleischerzeugung eingesetzt wird, haben die Agrarsubventionen auch starken Einfluss darauf, zu welchen Kosten und mit welchen Methoden Fleisch erzeugt wird. Durch Exportsubventionen und Stallbauförderung wird die Fleischerzeugung zudem direkt gefördert. Auch der Abbau umweltschädlicher Subventionen im Agrarbereich und das konsequente „Greening“ der EU-Agrarsubventionen sind somit wichtige Voraussetzungen für eine Ökologisierung der Fleischerzeugung und eine Mäßigung des Fleischkonsums.

Tabelle 1: Qualitative Bewertung und Preiswirkung der betrachteten Instrumente

Instrument	Direkte ökologische Lenkungswirkung	Verwaltungsaufwand	Politische Durchsetzbarkeit	Preiswirkung intensive Erzeugung		Preiswirkung ökologische Erzeugung	
				R	S	R	S
Stickstoffüberschussabgabe	++	-	+	R ++ S + G ¹ k.A.		R o S o G k.A.	
Futtermittelimportsteuer	+	+	-	R + S ++ G +++		R o S + G ++	
Fettsteuer	trifft nicht zu	-	-	R + S ++ G +		R + S ++ G +	
Mehrwertsteuer	trifft nicht zu	++	0	R + S + G +		R + S + G +	

<p>Qualitative Bewertung:</p> <p>-- sehr negativ - negativ o neutral + positiv ++ sehr positiv</p>	<p>Preiswirkung:</p> <p>R = Rindfleisch, S = Schweinefleisch, G = Geflügelfleisch</p> <p>Die Abstufungen von o bis +++ symbolisieren nicht die absolute Preiswirkung, sondern dienen zum Vergleich der Preiswirkung zwischen den Fleischsorten bzw. intensiver/ökologischer Landwirtschaft innerhalb eines Instruments.</p>
---	--

Tabelle 18: Preiswirkung und Konsumänderung der betrachteten Instrumente

Instrument	Steuersatz	Rindfleisch				Schweinefleisch				Geflügelfleisch			
		Preisänderung		Konsumänderung		Preisänderung		Konsumänderung		Preisänderung		Konsumänderung	
		in %	in €/kg	in %	in kg pro Kopf	in %	in €/kg	in %	in kg pro Kopf	in %	in €/kg	in %	in kg pro Kopf
Stickstoffüberschussabgabe ohne Überschussfreibetrag mit Überschussfreibetrag	2 €/kg/ha	6,6%	0,5	-3,5%	-0,5	2,5%	0,2	-2,1%	-1,1				
	5 €/kg/ha	16,5%	1,3	-8,7%	-1,1	6,3%	0,4	-5,2%	-2,8				
	15 €/kg/ha	49,4%	3,8	-26,2%	-3,4	18,9%	1,1	-15,7%	-8,5				
	2 €/kg/ha	2,9%	0,2	-1,6%	-0,2	1,4%	0,1	-1,1%	-0,6				
	5 €/kg/ha	7,3%	0,6	-3,9%	-0,5	3,4%	0,2	-2,8%	-1,5				
	15 €/kg/ha	22,0%	1,7	-11,6%	-1,5	10,3%	0,6	-8,5%	-4,6				
Futtermittelimportsteuer	100 €/t	0,3%	0	-0,2%	0	1,1%	0,1	-0,9%	-0,5	2,4%	0,1	-1,6%	-0,3
	250 €/t	0,8%	0,1	-0,4%	-0,1	2,7%	0,2	-2,3%	-1,2	5,9%	0,2	-4,1%	-0,8
	500 €/t	1,5%	0,1	-0,8%	-0,1	5,5%	0,3	-4,5%	-2,4	11,8%	0,5	-8,2%	-1,5
Fettsteuer	1 €/kg	0,7%	0,1	-0,4%	-0,1	1,1%	0,1	-0,9%	-0,5	0,6%	0	-0,4%	-0,1
	2 €/kg	1,4%	0,1	-0,7%	-0,1	2,2%	0,1	-1,8%	-1,0	1,2%	0,1	-0,8%	-0,2
	5 €/kg	3,4%	0,3	-1,8%	-0,2	5,5%	0,3	-4,5%	-2,5	3,1%	0,1	-2,1%	-0,4
Mehrwertsteuer	19%	11,2%	0,9	-5,9%	-0,8	11,2%	0,7	-9,3%	-5,0	11,2%	0,5	-7,7%	-1,5

Studie im Auftrag von

